



Antrag

Fraktion AfD

Ärztmangel bekämpfen - medizinische Versorgung sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung des Ärztemangels in Sachsen-Anhalt zu ergreifen:
 - a. geeignete Maßnahmen, um die Zahl der Studienplätze an den Landesuniversitäten in den Fachbereichen Humanmedizin bis 2021 um 20 Prozent zu erhöhen, und die auskömmliche Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze sicherzustellen;
 - b. bis zum Jahr 2021 im Rahmen des universitären Selbstregelungsanteils im Zulassungsverfahren zum Medizinstudium an den Landesuniversitäten eine Quote für Studenten, die mindestens zwei Jahre vor Studienplatzbewerbung ihren Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt hatten, in Höhe von mindestens 30 Prozent der zum Medizinstudium zugelassenen Studenten einzuführen;
 - c. die bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung der Haus- und Landarztquote zu intensivieren, deren Wirksamkeit zu evaluieren und dem zuständigen Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu berichten;
 - d. darauf hinzuwirken, dass nach dem Vorbild des Lehrprojektes der Martin-Luther-Universität (MLU) Halle, auch an der medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität eine „Klasse Allgemeinmedizin“ eingeführt wird;
 - e. die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass 10 Prozent der zu besetzenden Studienplätze der Fachbereiche Humanmedizin an Bewerber vergeben werden, die sich im Zulassungs- bzw. Auswahlverfahren verpflichten, 10 Jahre nach der Facharztausbildung als Hausarzt bzw. Allgemeinmediziner in Sachsen-Anhalt in einer hausärztlich-allgemeinmedizinisch strukturschwachen, durch Unterversorgung bedrohten, ländlichen Region, in Vollzeit tätig zu sein. Wird die Verpflichtung seitens des Arztes vor Ablauf dieses Zeitraums aufgekündigt, hat das Land die Kosten für das Medizinstudium zurückzufordern.
2. Der Landtag stellt fest, dass ausländische Ärzte hinsichtlich Qualität und Quantität das Problem des Ärztemangels auf Dauer nicht lösen können.

(Ausgegeben am 16.05.2018)

Begründung

Unzumutbare Wartezeiten auf Termine, übervolle Wartezimmer, insbesondere im ländlichen Raum, lange Wege zum nächsten Facharzt, keine Neuaufnahmen von Patienten - das sind die Auswirkungen des Ärztemangels in Sachsen-Anhalt. Mit einer Medizinerdichte von 402 Ärzten auf 100.000 Einwohner, rangiert Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich auch auf diesem Gebiet am Ende der deutschen Länder. Laut den Kommunalen Spitzenverbänden, handelt es sich beim Ärztemangel längst nicht mehr um ein Verteilungsproblem zwischen Ärzten in den Städten und auf dem Land. Sachsen-Anhalt gehen inzwischen schlicht die Ärzte aus.

Zu wenige Studienplätze an den Landesuniversitäten in Halle und Magdeburg, zu viele Studienplätze für Studenten aus anderen Bundesländern, wenig attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen für Studienabsolventen, v. a. im Bereich der Haus- und Landärzte, das sind die Ursachen für die unhaltbare Situation der Ärzteversorgung im Land.

Die junge Generation der Mediziner zieht es in die Städte und in attraktivere Bundesländer. Teilzeitmodelle und Praxisgemeinschaften werden unter Ärzten immer beliebter. Insbesondere weibliche Mediziner schätzen die Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, oder entscheiden sich nach dem Medizinstudium ganz für die Familie und treten gar nicht erst in den Arztberuf ein. Insbesondere das klassische Berufsbild des Landarztes verschwindet zusehends.

Neben verschiedenen anderen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Ärztemangels, wurde an der Martin-Luther-Universität Halle als Lehrprojekt eine „Klasse Allgemeinmedizin“ eingeführt, die zur Vorbereitung auf eine spätere Tätigkeit als Haus- bzw. Landarzt dienen soll. Ein vergleichbares Projekt an der Otto-von-Guericke-Universität ergänzt den Maßnahmenkatalog gegen Ärztemangel im Land sinnvoll. Wir unterstreichen die Bedeutung der medizinischen Fakultät der MLU für die Ausbildung der Mediziner im Land.

Im Fachgespräch der 23. Sitzung des Sozialausschusses haben sich die anwesenden Fachexperten und Vertreter der Verbände, bspw. die der Ärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Kommunalen Spitzenverbände für eine Erhöhung der Studienplätze an den medizinischen Fakultäten im Land ausgesprochen.

Aufgrund der im Ländervergleich höheren Anforderungen im Abitur erreichen die Abiturienten in Sachsen-Anhalt durchschnittlich einen schlechteren Notendurchschnitt als Abiturienten anderer Bundesländer. Das führt zu Nachteilen bei den notenbasierten Anteilen des Auswahl-/Zulassungsverfahrens zum Medizinstudium. Hier sieht die antragstellende Fraktion gleichsam Handlungsbedarf, um der Benachteiligung sachsen-anhaltischer Landeskinder wirksam zu begegnen.

Seit Jahren verweigert die Landesregierung den Universitäten mehr Medizinstudienplätze. Dass aus Landesmitteln finanzierte Studienplätze zuerst an Landeskinder gehen sollen, ist nach Auffassung der antragstellenden Fraktion eine Selbstverständlichkeit.

Robert Farle
Parlamentarischer Geschäftsführer